

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 44 (1965)
Heft: 3

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Böni, Otto

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen. Die Serie II ist gleichfalls noch weit vor der Vollendung. Die bisherigen Bände, insgesamt neun an der Zahl, tragen viel zur Erhellung der Vorgeschichte und der Anfänge des Dritten Reiches bei. Die zu erwartenden Veröffentlichungen für die Jahre 1934 bis 1937 dürften das Verständnis für die dunklen dreißiger Jahre erhöhen.

Mit einigen Worten sei auf den letzterschienenen Band 3 hingewiesen, weil er die weitverbreitete Annahme widerlegt, die schwächliche Haltung der westlichen Demokratien den Diktaturen und Gewalttätern gegenüber habe erst mit den entwürdigenden Kniefällen vor Hitler begonnen. In Wirklichkeit war der erste Akt, den man als «Appeasement» im abfälligen Sinne des Wortes, der inzwischen Gemeingut geworden ist, bezeichnen kann, die englische Reaktion (oder besser gesagt, ihr Ausbleiben) auf den japanischen Überfall auf die Mandschurei im Herbst 1931 und die folgende Besetzung von Schanghai Anfang 1932. Wer die Berichte und Gutachten aus dieser lang entschwundenen Zeit liest, bekommt einen Vorgeschmack von Neville Chamberlains fatalem Ausspruch von 1938, die Tschechoslowakei sei ein fernes Land mit unbekanntem Problemen. Angesichts einer offenen Aggression war es die Ansicht des britischen Außenministeriums (dem es an ausgezeichneten Kennern der Probleme nicht mangelte), daß die Hauptsache die Erhaltung herzlicher Beziehungen zu Japan sei. Die Mandschurei sei von geringerer Bedeutung – als ob sie das wahre Streitobjekt gewesen wäre! Der Botschafter in Japan meinte, ein Verlangen nach Sanktionen gegen Japan hieße, einen «örtlichen Zwischenfall in einen Weltkonflikt zu verwandeln», sowie manche Leute 1939 dagegen protestierten, daß man «für Danzig sterben» solle. Über Schanghai, wo die britischen Interessen stärker waren, hat man dann eine Art Kompromiß erzielt. Über die Mandschurei regte man sich weiter nicht auf. Es ist oft lehrreich, diese alten Dinge auszugraben, aber es ist höchst unerfreulich, zu sehen, wie wenig sich die Welt die bitteren Erfahrungen zunutze gemacht hat.

Blick in die Zeitschriften

In der ersten Nummer dieses Jahres der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche «Stimme» findet sich der Artikel von Martin Niemöller, der internationales Aufsehen erregte und in vielen deutschen Zeitungen wütende Polemiken hervorrief. Unter der Überschrift «Aufgaben der Politik 1965» übt Niemöller Kritik an der Politik der deutschen Parteien und ruft die Wähler auf, an den nächsten Wahlen teilzunehmen und durch einen ungültig gemachten, begründeten Stimmzettel den politischen Machthabern klarzumachen, daß das deutsche Volk den Frieden wolle und in dieser Hinsicht zu den heute wählbaren Parteien keinerlei Vertrauen habe. Daß dieser Aufruf in der Presse nicht viele Freunde fand, beweisen die in Nummer 3 der gleichen Zeitschrift

veröffentlichten Pressekommentare zu Niemöllers Aufruf. Ebenfalls in Nummer 3 ist eine bemerkenswerte Arbeit des bekannten tschechischen Theologieprofessors Josef L. Hromadka «An der Schwelle des Dialogs zwischen Christen und Marxisten» veröffentlicht.

Hoch schlagen zurzeit in Deutschland die Wellen der öffentlichen Meinung zu einem Problem, das in anderen Ländern auf wenig Verständnis stoßen wird, das Problem der Verjährung von Naziverbrechen, denn ab 9. Mai dieses Jahres dürfte es nach deutschem Gesetz unmöglich sein, nationalsozialistische Massenmörder zu verfolgen. Bereits ist es in verschiedenen Staaten zu Demonstrationen für eine Verlängerung der Verjährungsfristen für die unter dem Nationalsozialismus begangenen scheußlichen Verbrechen gekommen. Der Bundesjustizminister Dr. Bucher erklärte in einem «Spiegel»-Interview (Nr. 5/1965): «Es ist unser Schicksal, auch mit Kaduks zu leben.» In den «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Heft 1/1965, setzt sich nun Alexander Schubert mit der rechtlichen Seite dieser Verjährungsfristen auseinander. Er kommt in seiner Arbeit «Die Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen» zu folgendem Schluß: «Die Taten solcher Menschen vom Schlage eines Sorge, Schubert, Klehr, Kaduk, Boger oder Franz – aber auch der sogenannte ‚Schreibtischtäter‘ wie Eichmann, Wolff, Hunsche und Krumej –, deren täglicher Lebenslauf, ja deren Beruf sich in der Begehung von Mord erschöpfte, ragen sowohl in ihrem Umfang wie in der Grausamkeit und Brutalität ihrer Ausführung so sehr über alles menschliche Vorstellungsvermögen hinaus, daß eine Gleichstellung mit der gewöhnlichen Kriminalität nahezu blasphemisch wirkt. Hier kann kein Zeitablauf, keine Verjährungsfrist eine ‚heilende Wirkung‘ entfalten und Rechtsfrieden wieder herstellen. Vielmehr gebietet die Achtung vor der Menschenwürde (dem obersten Grundsatz unserer Verfassung) der Millionen unschuldiger Opfer des Nationalsozialismus eine wahrhaft gerechte Bestrafung der Mörder, unabhängig von einem mehr oder weniger fiktiven Zeitablauf.»

All jenen, die für ein Vergessen plädieren, empfiehlt sich der Reisebericht von Inge Deutschkron in Heft 1 von «Geist und Tat». Sie besuchte mit den Richtern und Anwälten des Frankfurter Schwurgerichtes das schrecklichste aller Konzentrationslager, Auschwitz. Selbst abgebrühte Verteidiger werden hier vom Gesehenen erschüttert, und es gelingt der Autorin, diese Erschütterung auch auf den Leser zu übertragen.

Die österreichische kulturelle Zeitschrift «Forum» (Februar 1965) berichtet von einem behördlich bewilligten, höchst aufschlußreichen Test. Ein junger Mann stellte sich in Wien mit einer Sammelbüchse auf die Straße. Unterstützt durch zwei Plakate bettelte er für den vor kurzem verurteilten SS-Mann Franz Novak, Organisator der Eisenbahntransporte der Auschwitz-Opfer. Das deprimierende Ergebnis dieser Aktion: In knapp zwanzig Minuten wurden rund

160 Schillinge gespendet, 45 Prozent der Passanten wußten nicht, für wen gesammelt wurde, und spendeten doch, 45 Prozent wußten es und spendeten deshalb, und nur 10 Prozent empörten sich über diese Aktion.

Nach mehr als einjährigem Unterbruch ist wieder einmal ein «Periodikum» erschienen. Diese Zeitschrift «für wissenschaftlichen Sozialismus», wie sie im Untertitel heißt, wird von Arno Peters im Universum-Verlag in München herausgegeben. Eine Reihe von interessanten Beiträgen füllt das Heft. Besonders herausgehoben zu werden verdient die Arbeit von Dr. Jona Fink «Die Judenfrage bei Marx und bei uns». Dr. Fink, ein Israeli, der bis zu seinem Tode in einem Kibbuz arbeitete, greift hier ein Problem auf, über das in neuerer Zeit noch sehr wenig und vor allem nichts Grundlegendes geschrieben wurde. Allerdings werden viele Leser die Schlußfolgerungen dieses bemerkenswerten historischen und soziologischen Querschnitts nicht als alleinige Lösung akzeptieren.

Im Januarheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau» befaßt sich Gustav Stern, Paris, mit dem «Ende der ‚christlichen Gewerkschaften‘ in Frankreich.»

«Ist der Warren-Bericht über den Tod Präsident Kennedys glaubwürdig?» heißt eine Arbeit von Ralph Schoenmann in Nummer 1 der «Frankfurter Hefte».

«Hinter dem Eisernen Vorhang» nennt sich eine Zeitschrift, die vom «Free Europe Committee» herausgegeben wird. Das Januarheft dieser Monatschrift hat ihre zwei Hauptaufsätze den Themen «Gomulka und die Intellektuellen» und «Die DDR im Jahre 1964» gewidmet. Otto Böni